

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 47 / 27. 05. 2003

AKTIV

Atomkraft raus aus EU-Verfassung / Umweltverbände starten Protest-Mail-Aktion

Berlin: Gemeinsame Pressemitteilung von BUND, BBU, DNR, Eurosolar, FUE, Germanwatch, Greenpeace, GRÜNE LIGA, NABU, ROBIN WOOD, urgewald und WWF. Ein breites Bündnis deutscher Umweltverbände hat dazu aufgerufen, mit E-Mails an die deutschen Mitglieder des EU-Verfassungskonvents gegen die Förderung der Atomkraft zu protestieren. Hintergrund der Aktion sind die Verhandlungen im EU-Verfassungskonvent: Ein Vorschlag des Ratspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing sieht vor, den europäischen Vertrag zur Förderung der Atomkraft (EURATOM) als Protokoll der EU-Verfassung beizufügen. Mit der Aktion werden Bundesaußenminister Josef Fischer und die deutschen Konventsmitglieder aufgefordert, diesen Vorschlag abzulehnen. Die ökonomische Privilegierung der Atomkraft müsse abgeschafft werden und der EURATOM-Vertrag spätestens bis 2007 auslaufen.

Klaus Traube, atompolitischer Sprecher des BUND: "Europa benötigt eine zukunftsfähige Energiepolitik mit rationeller Energienutzung und erneuerbaren Energien. Es kann nicht sein, dass Frankreich, England, Spanien und Finnland ihre Atompolitik gegen den Willen der EU-Bürger durchsetzen. Die Mehrheit der derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten will aus der risikoreichen Kernenergie aussteigen oder kommt bereits ohne sie aus. Die rot-grüne Bundesregierung wird in ihrem Auftritt im EU-Verfassungsprozess gerade auch an ihrem Einsatz in dieser Frage gemessen werden."

Der EURATOM-Vertrag wurde vor 45 Jahren als einer der Gründungsverträge der späteren EU zur Förderung der Kernenergie verabschiedet und ist seit seinem Inkrafttreten unverändert geblieben. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament sind bei allen Entscheidungsabläufen hinsichtlich dieses Vertrages ausgeschlossen. Zudem enthält der Vertrag keinerlei Bestimmungen zur Anlagensicherheit,

Entsorgung und Endlagerung oder zu Bauweise und Betrieb von Atomanlagen. Die Umweltverbände sind sich einig, dass dieses Sondervertrags-Kapitel eines atomar-fossilen Zeitalters umgehend geschlossen werden muss.

Getragen wird die Protest-Aktion vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Deutscher Naturschutzring (DNR), Eurosolar, Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), Germanwatch, Greenpeace, GRÜNE LIGA, Naturschutzbund (NABU), ROBIN WOOD, urgewald und WWF.

Weitere Informationen sowie eine Vorlage für die Protest-Mail stehen auf den Internetseiten der beteiligten Verbände, siehe zum Beispiel: <http://www.bund.net> Bei Rückfragen: <mailto:presse@bund.net>

ots Originaltext: BUND, Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. [/story.htx?firmid=7666](http://story.htx?firmid=7666)

.....

CHEMIKALIEN - ACRYLAMID

Acrylamid, dass es kracht / foodwatch testet Chips / Immer noch alarmierende Ergebnisse / Kinder besonders gefährdet

Berlin (ots) - Während Industrie und Regierung sich bei Acrylamid auf dem richtigen Weg wähnen, geben aktuelle Messungen Anlass zu Besorgnis: Der zweite Chipstest von foodwatch förderte Höchstbelastungen von über 4.500 Mikrogramm pro Kilogramm zutage - 1.000 Mikrogramm gelten dem Bundesamt für Verbraucherschutz bereits als bedenkliche "Signalwerte". Für Kinder und Jugendliche sind Chips ein bedeutender Faktor bei der Aufnahme von Acrylamid, wie eine aktuelle Erhebung ergeben hat.

Im Februar ließ foodwatch zwanzig Proben von gängigen Paprikachips-Produkten auf ihre Acrylamid-Belastung untersuchen. Neun Proben wiesen Acrylamid-Werte von über 1.000 Mikrogramm auf. Der höchste Messwert lag bei 2.871, der niedrigste Messwert bei 365 Mikrogramm pro Kilogramm. Nach zehn Wochen jetzt die zweite Testrunde: Sieben von elf Produkten zeigen eine teils deutlich verringerte Acrylamid-Belastungen. Das ist erfreulich und zeigt die erste Wirkung öffentlichen Druckes. Andererseits: - liegen fünf von 22 Messwerten über dem Signalwert - sind drei Produkte höher belastet als beim ersten Testdurchlauf - ist ein neues Aldi-Produkt rund dreimal so stark belastet wie sein Vorgänger - liegt der negative Spitzenwert bei über 4.500 Mikrogramm Im Vergleich zum niedrigsten Messwert von 290 Mikrogramm pro Kilogramm Chips ist das die 15-fache Belastung.

Der Griff ins Regal kann Acrylamidbomben oder Chips mit Minimalbelastung zutage fördern - und der Verbraucher bleibt ahnungslos. "Solange die Messwerte nicht produktbezogen veröffentlicht werden, hat man keine Möglichkeit, das Erzeugnis mit der niedrigsten Belastung zu wählen" kritisiert Matthias Wolfschmidt von foodwatch die mangelnde Transparenz im Minimierungsprogramm der Bundesregierung. Müssen die Hersteller ihre Werte nicht offenlegen, fehlt ihnen der Anreiz, die Acrylamidmenge zu reduzieren. Doch Regierung und Verband mauern - und bestrafen indirekt die Hersteller, die sich mit beträchtlichem Kostenaufwand um Acrylamidminimierung und Transparenz bemühen. "Die niedrigsten Werte müssen der Maßstab für alle sein. Das ist der einzig sinnvolle Weg", so Wolfschmidt.

Besonders Kinder und Jugendliche sind durch das krebserregende und erbgutverändernde Acrylamid gefährdet - einmal, weil ihr Organismus empfindlicher reagiert, zum anderen, weil in dieser Altersgruppe "ein Drittel der täglichen Acrylamidmenge über Chips aufgenommen wird", wie eine in der WELT (24.4.2003) in Auszügen veröffentlichte Verzehrsstudie unter Berliner Schülern ergab. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat dies auf Nachfrage von foodwatch jetzt bestätigt.

Die aktuellen Testergebnisse von foodwatch sind unter www.foodwatch.de veröffentlicht.

Pressekontakt: foodwatch e.V. Matthias Wolfschmidt wolfschmidt@foodwatch.de

oder Verbraucherorganisation: Chips weiter mit Acrylamid belastet
<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=5&d=17&id=97935>

=====

CHEMIKALIEN - HAUSHALTS-CHEMIKALIEN

Besonders betroffen sind die Kleinsten: Vergiftungen durch Haushaltschemikalien nehmen zu - Mehr Sicherheit durch Bitterstoff -

Hamburg (ots) - Eltern mit kleinen Kindern sollten besonders sorgsam im Umgang mit Chemikalien und Reinigungsmitteln im Haushalt sein. Darauf haben Experten des Giftinformationszentrums-Nord (GIZ) bei der Vorstellung ihres Jahresberichtes jetzt erneut hingewiesen. Der Haushalt ist im Hinblick auf Vergiftungen immer noch der gefährlichste Ort. Das zeigt der Jahresbericht 2002, der die Vergiftungsunfälle und -anfragen der Bundesländer Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen auswertet. Von insgesamt 25.778 Vergiftungsunfällen ereignet sich demnach weit mehr als jeder Zweite (21.708) im Haushalt.

Kleinkinder besonders betroffen - Haushaltsreiniger sind nach Medikamenten eine der häufigsten Vergiftungsursachen

Am meisten betroffen sind bei den gemeldeten Vergiftungsunfällen vor allem kleine Kinder im Alter zwischen 1 und 4 Jahren. Besonders attraktiv wirken auf Kleinkinder offensichtlich Reinigungsmittel, die in jedem Haushalt Verwendung finden. Dazu gehören u. a. besonders Geschirreiniger, Sanitärreiniger, Waschmittel und Allzweckreiniger. Bei allen Vergiftungsunfällen mit Chemikalien, bei denen kleine Kinder involviert waren, wurde nach Angaben der Giftexperten daher in fast jedem zweiten Fall ein Reinigungsmittel "gekostet".

In Europa haben Hersteller und große Handelsunternehmen auf dieses zunehmende Gesundheitsrisiko reagiert und setzen ihren Eigenmarken im Haushaltsbereich bereits seit mehreren Jahren den Bitterstoff Bitrex(R) zu. Bitrex(R) ist der bitterste Stoff der Welt und bewirkt, dass Kinder die versehentlich in den Mund genommene Substanz aufgrund des unerträglich bitteren Geschmacks in der Regel sofort wieder ausspucken. Als erster Drogeriemarktfilialist in Deutschland hat jetzt dm-drogerie markt die Mehrzahl seiner denkmit-Produkte für den Haushaltsbereich mit dem Bitterstoff Bitrex(R) ausgestattet. Das Engagement des Unternehmens für "Mehr Sicherheit für Kinder" und der Einsatz des Bitterstoffs wurde bereits von der Verbraucher Initiative Berlin e.V. als deutlicher Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern im Haushalt begrüßt.

ots Originaltext: ALFRED E. TIEFENBACHER (GmbH & Co. KG) , Digitale Pressemappe:
http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=51632

Kommentar Scherrmann: Hier werden natürlich nur die akuten Vergiftungen durch das Schlucken von Haushaltschemikalien beschrieben. Ueber die chronische inhalative Vergiftung durch Haushaltschemikalien wird noch viel zu wenig diskutiert. (siehe auch weiter unten)

=====

CHEMIKALIEN - TABAK

23. 05, 2003 **US-Berufungsgericht kippt Urteil gegen Tabakkonzerne** MIAMI/NEW YORK. Ein US-Berufungsgericht hat ein spektakuläres Urteil gegen die Tabakindustrie gekippt, das die Unternehmen zu Schadenersatz von mehr als 145 Milliarden Dollar (rund 124 Milliarden ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12699>

Meinungsänderung: Deutschland stimmt Anti-Tabak-Konvention zu
<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=5&d=16&id=97889>

WHO-Mitglieder verabschieden weltweit gültige Anti-Tabak-Konvention . GENÈVE. Im Kampf gegen die Volksdroge Nikotin hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit der Verabschiedung einer weltweiten Anti-Tabak-Konvention ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die 192 ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12689>

Krebshilfe: Bundesregierung blockiert weiter die Anti-Tabak-Konvention. BERLIN. Als einziger Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU) macht Deutschland nach wie vor Vorbehalte geltend gegen den ersten weltweit gültigen Public-Health-Vertrag, das Rahmenabkommen zur ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12585>

7. 0.5.2003: **Asthmakranke Teenager rauchen häufiger**KOPENHAGEN. Der Welt-Asthma-Tag (6. Mai 2003) soll die Allgemeinbevölkerung auf die schweren Folgen der Erkrankung aufmerksam machen. Doch auch vielen Patienten scheint der Ernst der Lage nicht klar ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12509>

MONITOR Nr. 503 am 22. Mai 2003 **ARD Nikotin und Lifestyle - Immer mehr Jugendliche rauchen**

Bericht: Monika Wagner, Ursel Sieber, Katja Kreutzer ,

Die Bundesregierung hat entschieden: Obwohl sie dieser Tage die Tabakkontrollkonvention der Weltgesundheitsorganisation in Genf unterschreibt, wird es in hierzulande kein umfassendes Zigarettenwerbeverbot geben. Damit isoliert sich Deutschland. Jugendforscher und Gesundheitsexperten sind entsetzt. Gerade in Deutschland werden die Raucher immer jünger. Ein

Erfolg, auch der Zigarettenhersteller, die junge Leute gezielt mit einem Lebensgefühl und mit immer perfideren Werbestrategien ködern und dabei ständig gegen die eigene Selbstverpflichtung verstoßen.
<http://www.wdr.de>

CHEMIKALIEN - TONER

19. 05. 2003 , COMPUTERBILD: **Giftstoffe in Laserdruckern entdeckt**Hamburg (ots) - In den Toner-Pulvern von Farb-Laserdruckern sind hochgiftige Stoffe enthalten. Das berichtet die Zeitschrift COMPUTERBILD (ab Montag, 19. Mai im Handel). Die Landesgewerbeanstalt Nürnberg (LGA) hatte im Auftrag von COMPUTERBILD vier Laserdrucker getestet. Das erschreckende Ergebnis: In allen Tonern sind giftige Substanzen enthalten. Im Toner-Pulver von zwei Geräten wies die LGA hohe Konzentrationen extrem giftiger zinnorganischer Verbindungen nach. In einem Toner wurde sogar ein erhöhter Wert des gefährlichen Hormongifts Tributylzinn (TBT) gefunden - ebenfalls eine zinnorganische Verbindung. In den Toner-Pulvern der beiden anderen Laserdrucker fand die Landesgewerbeanstalt Nürnberg so genannte Azofarbstoffe, die aromatische Amine freisetzen können. Aromatische Amine gelten als giftig und krebserzeugend.

COMPUTERBILD warnt: Toner-Kartuschen sind nach den Anweisungen der Hersteller - am besten mit Schutzhandschuhen - zu wechseln. Laserdrucker sollten niemals mit Druckluft, sondern regelmäßig von Fachleuten gereinigt werden.

ots Originaltext: COMPUTERBILD Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmid=51005

Pressekontakt: Redaktion COMPUTERBILD, Michael Dunker +49(0)40-34727585

ELEKTROMAGNETISCHE STRAHLUNG - DIGITALES TERRESTRISCHES FERNSEHEN

von Online-Nachrichtendienst : **DVB-T und die Gefahren durch Elektromog - Tauben grillen am Alexanderplatz**

Berlin, www.ne-na.de - Nach einem Bericht der SPD-nahen Zeitschrift "Berliner Republik" <http://www.b-republik.de> sei es sehr auffällig, dass in der medialen wie politischen Diskussion über die Einführung des Digitalen Terrestrischen Fernsehen (DVB-T) nicht das angeführt werde, was Fachleute des Bundesforschungsministeriums in Berlin intern kundtun: "DVB-T ist teurer in der Ausstrahlung - nämlich um mehr als das Vierfache im Vergleich zum analogen Fernsehen -, was ein Grund dafür sein dürfte, dass kommerzielle Sender bereits abwinken. Auch existieren offenbar ungelöste technische Probleme. In den internen Diskussionen munkelt man bereits über eine bessere, überlegene Nachfolgetechnologie", so der Autor der "Berliner Republik, Jürgen Krönig, Korrespondent der Wochenzeitung "Die Zeit".

Hier könnte ein weiteres Beispiel für die kannibalistischen Tendenzen der Informationsrevolution geliefert werden, die viele neuentwickelte Produkte sofort wieder verschlingen würde.

Vor allem produziere DVB-T offenbar sehr viel mehr Elektromog als das analoge Fernsehen. Die Strahlung liege um das Hundertfache höher und könnte eine unerwünschte Diskussion über den Elektromog der mobilen Telefone wieder auslösen. Bestätigt wird diese Annahme durch eine interne Stellungnahme der Berliner Wohnungswirtschaft über die Gefahren von DVB-T: "Zur Erzielung einer flächendeckenden Ausleuchtung mit terrestrischen digitalen Fernsehsignalen ist die Errichtung von neuen Sendeanlagen erforderlich. Damit werden auch heute wenig belastete Gebiete mit Elektromog verunreinigt, und es werden - im Gegensatz zu bisherigen analogen Sendern - zusätzliche Sendeanlagen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten errichtet, ähnlich den Anlagen der Funktelefonie", so die Bedenken der Wohnungswirtschaft. Die Gefahr der biologischen Beeinflussung erhöhe sich noch, wenn man berücksichtige, dass die Sendeleistung für den Empfang in geschlossenen Räumen überproportional gegenüber dem Außenempfang des analogen Fernsehens gesteigert werden müsse. Unstrittig sei, dass die von Fernsehsendern abgestrahlte Intensität höher

sein müsse als die von Telefonsendeanlagen, da die zu übermittelnde Informationsmenge eine andere sei. Untersuchungen hätten ergeben, dass schon Auswirkungen von Telefonsendern auf die menschliche Gesundheit nachweisbar sei. Die Energieleistung des des DVB-T-Senders Alexanderturms reiche nach Erkenntnissen von Ingenieuren aus, um "Tauben zu grillen". Bislang versuche man das unter den Teppich zu kehren. So solle die Abstrahlung nur horizontal mit voller Feldstärke erfolgen: "Das ist blanker Unsinn. Die Abstrahlung erfolgt auch vertikal und belastet die gesamte Umgebung des Alexanderplatzes", bermerkt ein Experte für Telekommunikation.

Aber selbst unabhängig von diesem Befund, der in der öffentlichen Diskussion um die analoge Ablösung bislang keine Rolle spielte, wagt der Autor der "Berliner Republik" eine Voraussage: "Die Verbraucher werden sich von den Politikern nicht ins digitale Zeitalter hineinschubsen lassen". Die analoge Abschaltung werde ganz sicher länger auf sich warten lassen. Online-Nachrichtendienst,

NeueNachricht, www.ne-na.de, bei Quellen-Nennung zur Veröffentlichung frei. medienbüro.sohn, Ettighoffer Str. 26 A, 53123 Bonn

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Von Elektromognews:

22.05.2003: **Mobilfunkbranche von Schadensersatzklagen in den USA besonders betroffen**
<http://www.elektromognews.de/news/usaklagen.htm>

:Übergabe der Unterschriften zum Freiburger Appell: Der Umweltärzterverband IGUMED teilt mit, dass ca. Mitte Juli in Berlin die Übergabe der deutschen Unterschriften zum "Freiburger Appell" an Bundespräsident Rau und Bundestagspräsident Thierse erfolgt. Bis dahin kann und sollte noch aktiv weitergesammelt werden, damit möglichst viele Unterschriften übergeben werden! Die Übergabe der Unterschriften auf europäischer Ebene erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, dann werden alle Unterschriften aus ganz Europa dem EU-Parlament übergeben werden. Sobald der genaue Termin für die Übergabe der deutschen Unterschriften feststellt, erfolgt eine gesonderte Mitteilung.

Wichtige Messwerte und Krebsarten aus Saint Cyr, Frankreich (Antennen von 3 Betreibern auf Schuldach, Antennen in Betrieb seit 1992 bzw. 1997, **4 V/m, Hirntumore, Hirnschäden bei Kleinkind, 8 verdächtige Kinderkrebsfälle offiziell anerkannt, Antennen inzwischen abgeschaltet und demontiert**) :<http://www.elektromognews.de/news/saintcyr4.htm>

Bundesamt für Strahlenschutz beklagt politische Abhängigkeit: "Der Wunsch nach Freiheit von Wissenschaft und Forschung, unabhängig von politischen Einflüssen, liegt daher nahe." "Kontrovers diskutiert wurde u.a., bis zu welchem Maße Politik Einfluß auf wissenschaftliche Ergebnisse Einfluß nehmen sollte." <http://www.elektromognews.de/news/bfs0203.htm>

Organisationen fordern Krebsstudie in spanischer Provinz Cadiz
<http://www.elektromognews.de/news/cadiz.htm>

Österreicher klagen in Strassburg vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte:
<http://www.diemucha.at/topstory/today.php>

Politik spielt erneut in verantwortungsloser Manier Gefahren herunter, fordert "mehr Forschung" und sieht keinen Handlungsbedarf zur Absenkung der Grenzwerte - das Massenexperiment geht unverändert weiter: <http://www.bundestag.de/>

ESN vom 15.05.2003: **2 weitere Studien weisen schädliche Wirkungen durch Mobilfunk nach: Genschäden und Streß DNA-Strangbrüche**, Mikrokerne, Streß durch erhöhte Proteinsynthese
<http://www.elektromognews.de/news/taubermaercker.htm>

Spanien: **2 weitere Krebscluster in Alicante bekannt geworden** Europa-Abgeordnete der PSOE: PSOE (spanische Oppositionspartei) wird bei der Europäischen Kommission auf eine radikale

Verschärfung der Elektromog-Verordnung dringen
<http://www.elektromognews.de/news/alicante2.htm>

Spanien, Zaragoza: **Beim bisher größten nationalen Treffen spanischer Bürgerverbände wurden 41 Krebscluster bei Mobilfunksendern zusammengetragen** (Angabe mit Stadt, Straße, Quellenangabe): <http://www.elektromognews.de/news/spanienmeta.htm>

Entsprechende Liste von Verdachtsfaellen (Krebshäufungen bei Mobilfunksendern) ergänzt, nun mehr als 60 Krebshäufungen in ganz Europa <http://www.elektromognews.de/news/verdachtsfaelle.htm>

ESN vom 13.05.2003: **Spanien/Galizien: Bürger und Vodafone einigen sich über Antennenverlegung** <http://www.elektromognews.de/news/galizienverlegung.htm>

Symposium gegen Elektromog in Frankfurt (u.a. mit Neitzke, Hyland, Löscher, Maier):
<http://www.hese-project.org/New.html>

Schwedische Studie: Selbst Handys mit „Blauem Engel“ stehen im Verdacht, Hirnzellen dauerhaft zu schädigen. Wissenschaftsladen Bonn e.V.: Bundesumweltministerium soll brisante Ergebnisse schneller prüfen als geplant <http://www.hese-project.org/New.html>

=====
KRANKHEIT - ALLERGIEN

Ärzte Zeitung, 15.05.2003: **Konsumgüter werden als Allergieauslöser überschätzt**

Medizinisch-wissenschaftlich geprüfte Güter lösen kaum Allergien aus / Etwa jeder zehnte Deutsche hat eine KontaktallergieBERLIN (ugr). Parfümierte Taschentücher für die triefende Nase, feuchtes Papier für den weichen Babypopo, aggressive Reinigungsmittel für den verschmutzten Fußboden - all das wird von Verbrauchern gern mit dem Auslösen von Allergien in Verbindung gebracht - zu Unrecht nach Meinung von Herstellern und Ärzten. Ihrer Meinung nach korrespondiert die Sorge der Verbraucher in keiner Weise mit tatsächlichen Risiken. Güter des täglichen Konsums wie Hygieneartikel, Kosmetika sowie Wasch- und Reinigungsmittel, die von Markenherstellern produziert wurden und sich einer medizinisch-wissenschaftlichen Sicherheitsbewertung unterzogen haben, kommen in aller Regel als Allergieauslöser nicht in Frage. "Sie können von Personen mit gesunder Haut bedenkenlos verwendet werden", sagte Professor Torsten Zuberbier, Allergologe an der Berliner Charité beim Dermatologenkongreß in Berlin. Zuberbier stellte die Ergebnisse eines Round-Table-Gesprächs vor, an dem Dermatologen, Allergologen und Pädiater aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie Vertreter des Unternehmens Procter & Gamber, das viele solcher Artikel herstellt, teilnahmen. Demzufolge enthalten zwar auch Konsumgüter oft Allergene, doch liegt der Schwellenwert, ab dem etwa ein Scheuermittel die Haut sensibilisierter Personen angreift, vielfach höher als die Allergenkonzentration. Etwa jeder zehnte Deutsche reagiert allergisch bei Kontakt mit einem Stoff. Meist handelt es sich um eine Reaktion vom Spättyp (Typ-IV-Allergie); das juckende Ekzem bildet sich 24 bis 72 Stunden nach dem Hautkontakt. Zuberbier: "Die Kontaktallergie ist wegen der lebenslangen Persistenz möglichst zu vermeiden. Dennoch: Das Ekzem ist zwar unangenehm, die Patienten sind aber einfach und schnell zu therapieren."
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=260831,2788,/medizin/allergienSc>

Scherrmann: Einige Gedanken dazu:

- 1) Das Meeting war zusammen mit Vertretern von Procter & Gamber. Da kann zumindest ueber die Objektivitaet von "Wissenschaft" diskutiert werden. Von Oekotest und von VerbraucherInnenzentralen war wohl niemand eingeladen.
- 2) Die Kontaktallergie bei Konsumguetern ist nur eine von vielen Moeglichkeiten, auf diese zu reagieren.
- 3) Die inhalative Problematik bei Guetern des taeglichen Gebrauchs wird nicht erwaeht, und diese duerfte bedeutend relevanter sein.

- 4) Unvertraeglichkeiten werden nicht diskutiert.
- 5) Bei Scheuermitteln gibt es meist weniger Probleme als bei anderen Mitteln.
- 6) Ueber eine moegliche Deklarationspflicht wird nicht diskutiert.
- 7) "Medizinisch-wissenschaftlichen Sicherheitsbewertungen" sind kein wissenschaftlicher Nachweis fuer gesundheitliche Unbedenklichkeit.
- 8) Die VerbraucherInnen machen sich ja nicht nur ueber das moegliche Allergiepotential Sorgen, sondern weil Konsumgueter Asthmaanfaelle, Kopfschmerzen, Muedigkeit, Konzentrationsprobleme etc. als Sofortreaktionen und auch viele andere Syntome und/oder Krankheiten als Langzeitfolgen ausloesen koennen.
- 9) Es gibt vermehrt Forschungen (im Moment auch von der EU initiiert), dass Duftstoffe (die in Konsumguetern verwendet werden) Allergien ausloesen koennen.

Jeden Tag schildern mir Menschen telephonisch oder per email, dass und wie sie auf Hygieneartikel, Kosmetika sowie Wasch- und Reinigungsmittel zum Teil mit heftigsten Symptomen reagieren. Dass immer mehr Menschen so reagieren, dies keine winzige Minderheit ist, sollte endlich auch von den AllergologInnen und der Industrie wahrgenommen werden. Ob der Asthmaanfall nun aufgrund einer Allergie oder einer Unvertraeglichkeit auftritt ist letzten Endes fuer den Asthmatiker von nicht so grosser Bedeutung. Dass er z. B. weiss, dass er bei bestimmten Duftstoffen (auch in Haushaltguetern) einen Asthmaanfall bekommt, das ist fuer ihn von Wichtigkeit, um die ausloesenden Stoffe zu meiden. Ich denke, die Sorgen der VerbraucherInnen sind berechtigt. Die Sorgen koennten gemindert werden, wenn ueber die gesundheitliche Problematik in vielen Konsumguetern offen geredet wuerde bzw. besser aufgeklaert wuerde.

=====

KRANKHEIT - BERUFSKRANKHITEN

MONITOR Nr. 503 am 22. Mai 2003 ARD : **Krank durch Arbeit** , Bericht: H.C. Schultze

Jährlich erkranken knapp 70.000 Menschen an ihrem Arbeitsplatz durch Lösungsmittel, Gifte oder Strahlen. Diese Fälle werden den Berufsgenossenschaften gemeldet, die mit 43 Millionen Versicherten die größten Sozialversicherungen Deutschlands sind. Doch sie erkennen nur 6% der Erkrankten als berufsunfähig an und zahlen dann eine kleine Rente. Die Gründe: Wenn ein Gift am Arbeitsplatz als krankmachend anerkannt würde, könnte das die Industrie Milliarden Euro kosten. Darum gilt die Devise, dass ein erkrankter Arbeitnehmer im Zweifel selbst die Ursachen seiner Schädigung beweisen muss. Selten haben die Betroffenen überhaupt die Kraft, selbst berechtigte Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaften und Gutachter durchzusetzen. <http://www.wdr.de>

=====

KRANKHEIT - HAUTREAKTIONEN

20. 05. 2003: **Ob man sich wohl in seiner Haut fühlt, kann sehr von der Kleidung abhängen. Sie kann nämlich, genau wie Kosmetika, allergische oder toxisch-irritative Hautreaktionen hervorrufen.** Daß dabei oft Waschmitteln oder Weichspülern der Schwarze Peter zugeschoben wird, ist wissenschaftlich unbegründet <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=261753,2801,/medizin/allergien>

=====

KRANKHEIT - MCS

Veroeffentlichung: Langzeitverlauf bei ambulanten und stationären MCS-Patienten. Endbericht des Fachkrankenhauses Nordfriesland/Bredstedt (PDF-Volltextdokument) <http://www.apug.de>

26. 05. 2003: MCS-Kranke sind schwer erkrankte Patienten und keine Hypochonder! / Resolution Umweltmedizinischer Verbände zur MCS-Studie des Robert Koch-Instituts

Isny (ots) - Im Frühjahr 2002 wurde die durch das Umweltbundesamt veranlasste und das Robert-Koch-Institut geleitete multizentrische Studie zur Multiplen Chemikalien Sensitivität (MCS) abgeschlossen und nun erst ein Jahr später veröffentlicht. Ein Anspruch auf die Erforschung der damals weitgehend unbekanntes Ätiologie der Krankheit wurde nicht erhoben. Die einzelnen teilnehmenden Zentren trugen in der Mehrzahl zu der Studie nur kleine Fallzahlen bei und unterschieden sich in ihrer Bewertung von einander teilweise wesentlich. Jedes teilnehmende Zentrum kam zu den Einschätzungen, die jeweils vor Studienbeginn bestanden hatten, so dass die Studie in weiten Teilen durch die Subjektivität der Untersucher geprägt ist. Unabhängig davon stellt die Studie allerdings zu den MCS-Kranken fest, dass es sich um besonders schwer erkrankte Patienten handelt. Der Schweregrad dieser Erkrankung wird nur von wenigen uns bekannten Krankheiten übertroffen. Weiterhin kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass MCS keinem psychischen, psychosomatischen oder somatoformen Krankheitsbild zugeordnet werden kann, wie es in der Vergangenheit in der Regel geschehen ist.

Anlässlich der Umweltmedizinischen Tagung in Würzburg vom 23.-25. Mai 2003 fordern der Deutsche Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), die Interdisziplinäre Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED), der Ökologische Ärztebund (ÖÄB) und die Deutsche Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie (DGHUT) deshalb:

- ab sofort eine angemessene Einschätzung des Schweregrads von MCS in der sozialmedizinischen Bewertung,
- die Berücksichtigung von MCS im Berufskrankheitenrecht,
- die Intensivierung der somatisch orientierten Forschung zu MCS,
- die stärkere Einbeziehung und Unterstützung der praktisch tätigen Umweltmedizin, die seit langem über wesentlich größere Fallzahlen und weiterentwickelte somatische Diagnostik verfügt, und
- dass die Ministerin für Gesundheit und Soziales die MCS - Problematik endlich zur Chefsache macht.

ots Originaltext: Ökologischer Ärztebund (ÖÄB), URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Weitere Informationen, Hintergründe, Interview-Wünsche (V.i.S.d.P.): Dr. med. Kurt E. Müller, Deutscher Berufsverband der Umweltmediziner (dbu), E-Mail: dbu@dbu-online.de

=====

KURZINFO

26. 05. 2003: **Erster Erfolg für britischen Golfkriegsveteran** Das "Golfkrieg Syndrom" existiert und ist "aller Wahrscheinlichkeit nach die Folge diverser Impfungen". Das stellte jetzt die britische Schiedsstelle für Kriegsveteranen fest. Britische Ärzte nahmen die Entscheidung mit großem Interesse zur Kenntnis http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=262689,2812./politik/gesundheitsystem_and

Kriegsveteranen protestieren gegen Studienergebnis

<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030526022>

Ballungsräume: Feinstaubbelastung durch Lastwagen

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=5&d=27&id=98340>

Bericht vom Tschernobyl-Kongress in Basel: Gesundheitsfolgen für Kinder in Weißrussland
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m356.htm>

Euratom: EU-Kommission möchte Atomenergie wieder hoffähig machen. Sogar der Fertigbau von Reaktoren des Tschernobyl-Typs soll finanziert werden
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m354.htm>

Einwendung gegen Ausbau der Urananreicherungsanlage Gronau- Erweiterung mit Atomausstieg nicht vereinbar <http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m357.htm>

Immer mehr Anträge bei der EU:- Neue Genprodukte auf dem Vormarsch
<http://www.umweltinstitut.org/frames/all/m358.htm>

22.05.2003 **Peinliche Lohhudelei** Seit Anfang 2000 stehen der Selbsthilfe laut Gesetz pro Jahr und pro Versichertem 0,51 Euro von den Krankenkassen zu. Bisher wurde das Geld aber nie vollständig ausgezahlt. Zu kompliziert, viel zu unübersichtlich war das Anmeldeverfahren
http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=262120,2798,/politik/gesundheitsystem_und

oder

Selbsthilfe erhaelt schneller Geld. Die finanzielle Förderung der Selbsthilfe in Deutschland soll drastisch verbessert werde. Die Spitzenverbände der Kassen und der Selbsthilfegruppen haben sich auf neue Förderregelungen geeinigt.
http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=262101,2798,/politik/gesundheitsystem_und

DuPont erneut wegen Teflon unter Beschuss Kochgeschirr entwickelt bereits nach fünf Minuten giftige Patikel und Dämpfe <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030519028>

16. 05. **Erschoepfung macht Lehrer frueh zu Rentnern** . Bei Führungskräften im Schuldienst haben psychische Erkrankungen mit 45 Prozent bei den maßgeblichen Frühpensionierungs-Leiden die größte Bedeutung. Besonders häufig sind dabei depressive Störungen und Erschöpfungs (Burn-out)-Syndrome <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=260861,2789,/medizin/depressionen>

Kommentar Scherrmann: Bei diesen Erhebungen wird nie daran gedacht, die gesundheitlichen Auswirkungen der oft stark belasteten Schulraeume (zum Beispiel mit PCP, PCB, Lindan, Formaldehyd, Asbest, Terpenen, ...) mit einzubeziehen. Die psychischen Erkrankungen koennen eine Folge der Schadstoffbelastungen sein. Da Fuehrungskraefte im Schuldienst sich meist laenger als ihre KollegInnen in den Schulraeumen aufhalten, waere es logisch, dass gerade sie schneller und/oder intensiver an den Auswirkungen leiden.

Millionen durch Gifte am Arbeitsplatz gefährdet
EU-Agentur leitet gesamteuropäische Kampagne zur Risikoprävention ein
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030514011>

Umweltschutz im Krankenhaus kann Kosten sparen , FREIBURG. Umweltschutz in Krankenhäusern ist kein Luxus, den die Kliniken unter dem derzeitigen Kostendruck wieder abschaffen müssen. Vielmehr können Krankenhäuser mit umweltschonenden Maßnahmen ..mehr
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12617>

14. 04. 2003 „Report Mainz“: **Zunehmender Psychopharmaka-Missbrauch in Altenheimen** . MAINZ. In Deutschland werden nach einem Fernsehbericht zu viele Psychopharmaka, zu lange und in zu hohen Dosierungen an Menschen in Altenheimen verabreicht. Der Griff zur so genannten Psycho-Keule ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12603>

13. 05. 2003: **Medikamenten-Vergiftungen weiter an erster Stelle:** GÖTTINGEN. Die größte Vergiftungsgefahr geht sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen von Arzneimitteln aus. 79 Prozent aller schweren oder mittelschweren Vergiftungen wurden durch Medikamente ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12582>

Abgase mindern Sperma-Qualitaet Das kontinuierliche Einatmen von Autoabgasen reduziert die Zahl der Spermatozoen sowie deren Beweglichkeit. Dies hat ein Team von Endokrinologen der Universität Neapel festgestellt

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=260583,2780,/medizin/umweltmedizin>

8.05: Menopause: Kein positiver Einfluss der Hormontherapie auf die Lebensqualität .

HOUSTON. Eine neue Analyse der Women's Health Initiative (WHI) räumt mit dem letzten „Mythos“ der postmenopausalen Hormontherapie auf, wonach sich Frauen „einfach besser fühlen“, wenn sie Hormone ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12541>

Alkoholsucht: 42 000 Tote, 20 Milliarden Euro Kosten. BERLIN. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Alkoholsucht betragen rund 20 Milliarden Euro pro Jahr. 42 000 Menschen sterben jährlich an den Folgen ihres Alkoholkonsums. ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12550>

07. 05. 2003. **Britisches Tribunal bestätigt die Existenz des „Golfkrieg-Syndroms“** LONDON. In Großbritannien ist eine wichtige Entscheidung in Sachen „Golfkrieg-Syndrom“ gefallen. Die Krankheit existiere und sei „aller Wahrscheinlichkeit nach die Folge diverser Impfungen“. <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12531>

Schwerbehinderung: Bis 10 Millionen Betroffene

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=5&d=8&id=97464>

Brustkrebs: Häufig Pestizidrückstände in Blutproben nachweisbar LONDON. In Blutproben von Frauen mit Brustkrebs findet man signifikant häufiger Rückstände von Pestiziden als bei gesunden Frauen. Dies zeigt eine Studie von Charles Charlier et al., Toxicology ...mehr <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=12507>

22.5.2003 taz Wirtschaft und Umwelt **Pille vergiftet Wasser Fische verweiblichen, Schnecken und Muscheln werden unfruchtbar.** Professor warnt vor Abwasserbelastungen NICK REIMER S. 8

7.5.2003 taz Wirtschaft und Umwelt: **Holzauge, sei auch zu Hause wachsam! Wohngifte werden oft zu spät erkannt.** Neben Formaldehyd und PCP sind auch unbekanntere Lösemittel schädlich, GISELA SONNENBURG S. 9

=====

RECHT

Urteil des SG Düsseldorf vom 05.02.2003 - S 30 SB 349/02 -:Der Sachverständigenbeirat beim BMA - jetzt BMGS - ist zuständiges Gremium für die Entwicklung, Redaktion und Fortschreibung der **Anhaltspunkte. Die Niederschriften über seine Sitzungen sind von der Versorgungsverwaltung auf Verlangen in ungekürzter Fassung herauszugeben. Sie müssen nicht nur den Gerichten und Versorgungsverwaltungen, sondern auch den Antragstellern zur Verfügung gestellt werden (nicht rechtskräftig).** <http://www.anhaltspunkte.de>

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

APUG-Newsletter 14-05-2003

Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern über seine Homepage <http://www.apug.de> ein vielfältiges Informations- und Kommunikationsangebot. Die Seite "Neuigkeiten" informiert über aktuelle Zugriffsmöglichkeiten auf nationale und internationale Volltextdokumente und Aktivitäten zum Thema „Umwelt und Gesundheit“. Ein Schwerpunkt des APUG betrifft das komplexe Thema "Kinder - Umwelt und Gesundheit".

Beispiele aus dem aktuellen Informationsangebot:

- Langzeitverlauf bei ambulanten und stationären MCS-Patienten. Endbericht des Fachkrankenhauses Nordfriesland/Bredstedt (PDF-Volltextdokument) (s. o.)
- APUG und Aktionsplan Verbraucherschutz (PDF-Volltextdokument) (s. o.)
- Neue Ausgabe des UMID (Umweltmedizinischer Informationsdienst) u.a. mit folgenden Themen
- Human-Biomonitoring bei Patienten mit umweltbezogenen Gesundheitsstörungen gezielt einsetzen-
Neue Referenzwerte für PCB-138, -153, -180 sowie für HCB, β -HCH und DDE im Vollblut
- Bekämpfung von Bettwanzen
- Verzehrverhalten von Jugendlichen - eine Grundlage zur Abschätzung der Acrylamid-Aufnahme über Lebensmittel
- Stillen und unerwünschte Fremdstoffe in Frauenmilch - Teil 2: Geschätzte Aufnahmemengen des gestillten Säuglings und Stillempfehlungen

=====

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz

19. Tätigkeitsbericht 1001/2002 <http://www.bfd.bund.de>

=====

BUNDESTAG

22-05-2003, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Strahlung bei Handy-Nutzung stärker als Belastung durch Mobilfunkantennen Berlin: (hib/OHO) Der am Mittwochmittag vorgestellte Sachstandsbericht des Büros für Technikfolgen-Abschätzung (TAB) zum Thema "Gesundheitliche und ökologische Aspekte bei mobiler Telekommunikation und Sendeanlagen" wurde von allen Fraktionen begrüßt. Die Ausschussvorsitzende Ulrike Flach (FDP) zeigte sich erfreut über die "seltene Einigkeit im Kreise der Kollegen". Eine abschließende Bewertung der wissenschaftlich sehr kontrovers diskutierten Thematik könne der Bericht nicht geben, betonte Christoph Revermann vom TAB bei der Präsentation. Er könne aber die Debatte über mögliche Folgen der Strahlung von Handys und Sendemasten auf den Menschen strukturieren. In der Öffentlichkeit zeigten sich - auch bedingt durch den Ausbau des UMTS-Netzes - in zunehmendem Maße "Akzeptanzprobleme", in deren Mittelpunkt mögliche negative Einflüsse auf die Gesundheit stünden. Er stellte klar, dass die Menschen - entgegen der öffentlichen Meinung - durch die Benutzung eines Mobiltelefons einer um mehr als tausendfach höheren elektromagnetischen Strahlung ausgesetzt sind als durch die Sendemasten. Die Bevölkerung müsse darüber aufgeklärt werden, wie sie selbst durch eine adäquate Benutzung des Handys die elektromagnetische Strahlung reduzieren kann. Die Strahlung nehme mit der Sendeleistung des Handys zu. Telefoniere der Benutzer aus der Tiefgarage, dem Auto oder einem Gebiet mit wenigen Sendemasten, so setze er sich stärkerer Strahlung aus. Mehr Sendemasten oder Basisstationen können somit laut Revermann die direkte elektromagnetische Strahlung auf den Menschen minimieren. Es fehlten noch Langzeitstudien, und die Ergebnisse bisheriger Untersuchungen seien "unbefriedigend" so Revermann. Biologische Effekte seien "unstrittig", nicht aber, ob diese den Menschen schädigen. In der Vergangenheit seien bisher vorwiegend Experimente an Molekülen und Zellen durchgeführt worden, sehr selten nur am Menschen. Insbesondere Studien zur "Elektrosensibilität" bildeten bislang eine Ausnahme. Abschließend schlug er vor, eine Forschungsplattform zu diesem Thema - ähnlich der zur Rinderseuche BSE - einzurichten. Die SPD lobte den Bericht. Damit gebe es eine rationalere Handlungsgrundlage, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. Man befinde sich gewissermaßen in einer "Dilemmasituation". Ziel müsse es künftig sein, die Sorgen der Bevölkerung zu minimieren und gleichzeitig wirtschaftliche Chancen

nicht zu gefährden. Zusätzliche Information und Transparenz seien "entscheidende Mittel", die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. CDU/CSU fand die Sorge der Bevölkerung "verständlich". Es müsse darauf Wert gelegt werden, die Debatte "sachlich" zu führen und keine "fortschrittsfeindliche Politik" zu betreiben.

In seinen Ausführungen unterstrich er die Eigenverantwortung der Handy-Nutzer. Bündnis 90/Die Grünen sahen durch den Bericht die Bemühungen der Bundesregierung bestätigt, die Forschung über die gesundheitlichen Auswirkungen des Mobilfunks und strahlungsricherer Produkte zu intensivieren.

Siehe dazu unter ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Berlin: Mi, 21.05.2003, Petitionen/Bericht:**2002 INSGESAMT 22 668 PETITIONEN ABSCHLIEßEND BEHANDELT**

Berlin: (hib/OHO) Die Überführung von Rentenansprüchen, Asylangelegenheiten und Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus waren die dominierenden Themen der Sammel- und Massenpetitionen, die den Petitionsausschuss im vergangenen Jahr erreichten. Laut dem Jahresbericht des Petitionsausschusses 2002 (15/920), den die Ausschussvorsitzende Marita Sehn (FDP) und ihr Stellvertreter Klaus Hagemann (SPD) am Mittwochvormittag Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) übergeben haben, ist dabei insgesamt die Zahl aller Eingaben im Vergleich zum Jahr 2001 um rund 12 Prozent auf 13 832 gesunken. Trotzdem habe der Ausschuss die Anzahl der Petitionen, die bearbeitet und einer Erledigung zugeführt wurden, um 5 118 Eingaben steigern können, heißt es weiter. Insgesamt seien somit 22 668 Petitionen abschließend behandelt worden. Die Zahl der zu bearbeiteten Nachträge, in denen Bürger ihr Anliegen präzisierten oder erweiterten, sei im Berichtszeitraum um 4 Prozent gestiegen. Der Schwerpunkt der Eingaben liege "nach wie vor" beim ehemaligen Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dessen Aufgaben mit Beginn der 15. Legislaturperiode auf die Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie Gesundheit und Soziale Sicherung aufgeteilt wurden. Zu diesem Bereich gingen 3 577 Petitionen ein - das entspreche einem Viertel der insgesamt eingegangenen Petitionen. Mit 1 749 beziehungsweise 1 393 Eingaben folgen die Ministerien des Inneren beziehungsweise der Justiz. Die meisten Eingaben pro Kopf kamen in den neuen Bundesländern aus Sachsen (319 Eingaben pro Million Einwohner) und in den alten Ländern aus Schleswig-Holstein (145 Eingaben pro Million Einwohner). Über 60 Prozent der Eingaben seien von Männern eingereicht worden, nur ungefähr 27 Prozent von Frauen. Der Rest stamme von Organisationen und Verbänden. Zahlreiche Eingaben hätten den Ausschuss per E-Mail erreicht. Diese dürften nach der geltenden Rechtslage nicht behandelt werden, heißt es im Bericht weiter. Die Einsender seien deshalb aufgefordert worden, die Eingabe nochmals schriftlich und mit Unterschrift einzureichen. Auf der Homepage des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) wird unter der Rubrik "Kontakt" Hilfestellung zur Einreichung einer Petition und zum Herunterladen des Formulars gegeben.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

13/2003, 20.05.2003

Mit Unabhängigkeit und Transparenz zu besserem Verbraucherschutz

Bundesministerin Renate Künast ernennt Professor Andreas Hensel zum Präsidenten des BfR
Seit heute steht er an der Spitze des Bundesinstituts für Risikobewertung: Professor Andreas Hensel, Veterinärmediziner und Hygieniker, Experte auf den Gebieten der Mikrobiologie, Molekularbiologie und Infektiologie. In sein neues Amt als Präsident hat ihn die Frau eingeführt, die im November vergangenen Jahres das Bundesinstitut für Risikobewertung federführend aus der Taufe hob: Bundesministerin Renate Künast. Mit der Trennung von Risikobewertung und Risikokommunikation vom Risikomanagement wagte sie den mutigen Schritt, eine von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen unabhängige Wissenschaftseinrichtung ins Leben zu rufen. Andreas Hensel hat die Herausforderung mit dem Antritt des Amtes angenommen. Durch Kompetenz und Transparenz will er den Schutz des Verbrauchers stärken und das BfR zu einer international renommierten wissenschaftlichen Einrichtung auf dem Gebiet der Risikobewertung ausbauen.

"Krisen vermeiden, bevor sie entstehen" überschreibt Hensel die Zielrichtung seiner Arbeit, unterstreicht aber die Notwendigkeit, im Krisenfall sorgfältig zwischen vorhandenem Wissen und bestehenden Wissenslücken zu trennen. Wichtigste Aufgabe des Instituts wird es somit sein, mögliche Risiken in Lebensmitteln, Futtermitteln, Stoffen und Produkten frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, um sie schnell und nachhaltig zu verringern. Dagegen gehört die Überwachung von Lebensmitteln und Produkten nicht zu den Aufgaben des Instituts. Sie bleibt Aufgabe der Bundesländer. Die fachliche Prüfung und Einschätzung globaler Informationen und Daten im Hinblick auf bisher verborgene Risiken wird im BfR durch eigene Forschung ergänzt. Für mehr Sicherheit von Lebensmitteln, Futtermitteln, Stoffen und Produkten arbeitet das Institut im internationalen Kontext und in enger Kooperation mit der neuen Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung berät das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie andere Bundesministerien in wissenschaftlichen Fragestellungen. Das Institut arbeitet damit indirekt (über den Gesetzgeber), aber auch direkt für den Verbraucher. Seine Sicherheit steht im Mittelpunkt. Er soll einbezogen und umfassend informiert werden. Denn nur ein informierter Verbraucher hat die Freiheit selbst zu bestimmen, welche Risiken er eingehen will und welche nicht. Verbraucher und Verbrauchervertreter werden deshalb im BfR eine wichtige Rolle spielen. Ebenso wie Politik, Wissenschaft und Wirtschaft werden sie in den Komitees des Instituts vertreten sein und können so ihr Wissen in die Bewertungsarbeit einbringen. Das BfR will aber noch einen Schritt weitergehen und auch auf die Verbraucher zugehen, die sich bislang nicht aktiv engagiert haben. So will das Institut sicherstellen, dass sich die Arbeit an den Bedürfnissen der Verbraucher orientiert.

Angesichts einer Überflutung mit "Experten"-Meinungen will das BfR erschöpfende und fachlich fundierte Information zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung stellen. Der Verbraucher hat einen Anspruch darauf, Antworten auf seine Fragen zu erhalten, wann immer dies möglich ist. Aber auch die Grenzen der Wissenschaft müssen offen kommuniziert werden. Risikokommunikation im BfR wird Verbraucher und Verbrauchervertreter einbeziehen und in Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Einrichtungen der Risikobewertung erfolgen.

"Ich würde mich freuen", so der Präsident des BfR, "wenn es uns mit wissenschaftlich unabhängiger Kompetenz, konsequenter Transparenz und über die Einbeziehung des Verbrauchers in die Risikobewertung gelänge, das Vertrauen des Verbrauchers in die Sicherheit von Lebensmitteln zurück zu gewinnen".

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Berlin und Karlsruhe, den 23.05.2003

Gemeinsame Presse-Information mit der Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden-Wuerttemberg.
Im Aufbau: Nationales Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister fuer Industriebetriebe

Ab 2009 Informationen zur Umweltbelastung durch die Industrie im Internet fuer jedermann abrufbar

Die Umweltbelastungen durch Industriebetriebe werden transparenter: In Zukunft wird im Internet der Eintrag der wichtigsten Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden sowie die Verbringung von Abfaellen großer Industriebetriebe gezielt abfragt werden koennen. Deutschland hat mit der Unterzeichnung des sogenannten PRTR-Protokolls am 21. Mai 2003 auf der fuenften Ministerkonferenz „Umwelt fuer Europa“ der UN-Wirtschaftskommission fuer Europa (UN-ECE) in Kiew seinen Willen zum Ausdruck gebracht, ein nationales Schadstofffreisetzungs- und Verbringungs-register aufzubauen - das Pollutant Release and Transfer Register, kurz PRTR. Per Mausclick kann man sich voraussichtlich ab dem Jahr 2009 umfassend ueber die Umweltbeeintraechtigungen von Industriebetrieben - etwa in seiner Nachbarschaft - informieren. Das PRTR-Protokoll muss jetzt noch von Deutschland ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, wenn insgesamt 16 Staaten ratifizieren.

Im Anhang des PRTR-Protokolls sind die Industriesparten, die ihren Ausstoß von Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden sowie ihre Abfallmengen berichten muessen, aufgelistet. Dazu gehoeren zum Beispiel: Kraftwerke, die Chemische Industrie, Muellverbrennungsanlagen, Klaeranlagen, die Intensivtierhaltung und die Lebensmittelindustrie. Berichten muessen die Betriebe ueber einen oder mehrere von 86 festgeschriebenen Schadstoffen, wie etwa Klimagas, Dioxine oder Schwermetalle. Ein erster Schritt zu einem nationalen PRTR ist das „Europaeische Schadstoffemissionsregister“ (EPER), fuer das große Industriebetriebe bereits in diesem Jahr ihre Luft- und Wasseremissionen an die Europaeische Kommission berichten. Die Daten werden voraussichtlich Ende 2003 im Internet stehen. Die Landesanstalt fuer Umweltschutz Baden-Wuerttemberg (LfU) unterstuetzt die Umsetzung des PRTR-Protokolls in Deutschland im Rahmen eines Forschungsprojektes im Auftrag des Umweltbundesamtes. Dabei soll auf die gute Zusammenarbeit mit den Laendern bei der Einfuehrung des EPER in Deutschland aufgebaut werden. Ein auf EPER basierendes, nationales PRTR soll voraussichtlich ab 2009 - mit Daten aus 2007 - zur Verfuegung stehen. Die Moeglichkeit, an der Umsetzung von PRTR mitzuwirken, gibt es im Internet unter <http://www.prr.de>. Weitere Informationen sind auch unter den Adressen <http://www.eper.de> und <http://www.bmu.de/buergerbeteiligungsrechte> zu finden.

23. 05. 2003, **Ab sofort im Internet: Umweltdaten Deutschland Online**

Umweltbundesamt erweitert Datenangebot zur Umweltsituation in Deutschland

Wussten Sie, dass allein in Deutschland nach derzeitigem Trend bis zum Jahr 2010 im Durchschnitt taeglich 119 Hektar Natur verloren gehen, nur um unseren wachsenden Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsflaeche zu stillen? Wussten Sie, wie viel Primaerenergie im Jahr 2001 in Deutschland verbraucht worden ist? Umgerechnet in Kohleeinheiten und auf einen Zug verladen, haette dieser eine Laenge von rund 400 000 Kilometern und wuerde damit fast zehnmal um die Erde reichen! Dies und noch viel mehr erfahren Sie in „Umweltdaten Deutschland Online“, das neue Angebot des Umweltbundesamtes (UBA) im Internet. Unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> finden Sie ab sofort alle im UBA verfuegbaren aktuellen Daten und Fakten zur Umweltsituation in Deutschland - uebersichtlich und einfach zu handhaben.

Darueber hinaus gibt es Hinweise ueber Zusammenhaenge zwischen den umweltbeeinflussenden Akteuren, den Umweltentwicklungen und -veraenderungen sowie gesellschaftlichen Reaktionen auf Umweltgefaehrdungen. So finden die Nutzerinnen und Nutzer neben Daten zur Bevoelkerung und Flaechnutzung aktuelle umweltrelevante Kenngroessen zur Gesamtwirtschaft, Land-, Wasser- und Abfallwirtschaft, Industrie, Energie, Verkehr, Tourismus und Umweltschutz.

Dazu gibt es ausfuehrliche Informationen ueber aktuelle Entwicklungen in der Erdatmosphaere und in den Umweltmedien, mit Hinweisen zu Wirkungen auf Natur, Landschaft und Gesundheit. Hintergrundinformationen zu allen Themen - unter dem Stichwort „Berichtsblatt“ - ergaenzen das Angebot. Hierzu gehoeren Datenquellen, Rechtsgrundlagen, Umweltziele sowie weiterfuehrende Literatur.

Das UBA erfuehlt damit die Vorgaben der EG - Umweltinformationsrichtlinie. Diese fordert, ueber elektronische Kommunikationswege staendig aktuelle Umweltinformationen bereitzustellen, mit denen Beitraege zur Verbesserung des Umweltbewusstseins und zur Differenzierung des umweltpolitischen Meinungsbildes geleistet werden koennen.

Der Themenkatalog ist nach den allgemeinen Grundsuetzen der Zusammenhaenge zwischen Ursachen und Wirkungen gegliedert. Die Themen selbst werden nach den Kriterien des internationalen Berichtsansatzes „DPSIR“ klassifiziert. Diese Abkuerzung steht fuer: Driving Force (gesellschaftliche Aktivitaeten), Pressure (Belastung), State (Umweltzustand im Sinne der Umweltqualitaet), Impact (Wirkung) und Response (Maßnahmen). Nach diesem Berichtsansatz wurden ebenso Links zu verwandten Themen eingearbeitet.

Die Orientierung auf der Internetseite ist einfach: Die einzelnen Beitraege werden ueber einen Themenkatalog ausgewaehlt und in der Bildschirmmitte angezeigt. Auf der rechten Bildschirmseite

werden als Vorschau die zugehörigen Tabellen und Abbildungen dargestellt, die durch Anklicken vergrößert werden können.

Soeben sind **zwei Briefing Papiere im Themenbereich Klimaschutz erschienen, die von Germanwatch erstellt wurden:**

* Die Industrieländer im Lichte des Emissionsziels der Klimakonvention - Ein Rückblick hinsichtlich Zielerreichung und ergriffenen Klimaschutzmaßnahmen <http://www.germanwatch.org/rio/bp2000il.htm>

* Die Subventionierung des Flugverkehrs - Eine Bestandsaufnahme für Deutschland <http://www.germanwatch.org/>

Als weitere Publikationen des Projekts sind vor wenigen Tagen zwei Foliensätze mit ausführlichen Begleittexten erschienen, die ebenfalls kostenlos im Internet verfügbar sind:

* Klimaschutz im Fluge... Der Luftverkehrssektor und seine Verantwortung für den globalen Klimawandel <http://www.germanwatch.org/folien/flug>

*Der Sturm des globalen Klimawandels und der Investmentsektor - Der Finanzmarkt angesichts wachsender Klimarisiken <http://www.germanwatch.org/folien/fiklima>

Diese Materialien wurden im Rahmen eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt geförderten Projektes erstellt.

Die darin geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen. Wir hoffen, dass die Materialien auf Ihr Interesse stoßen. Ansprechpartner für Rückfragen: Dr. Manfred Treber, Germanwatch e.V. , 0228-60492-14 treber@germanwatch.org

15. 05. 2003: **Im Internet: Ozonwerte, Ozonprognosen sowie Hintergrundinformation Sommersmog.** Aktuelle Veröffentlichungen unter: <http://www.umweltbundesamt.de>

Die warme Jahreszeit hat begonnen. Damit wird das Thema Ozon wieder aktuell. In Deutschland reagieren rund 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung empfindlich auf Ozon. Deshalb veröffentlicht das Umweltbundesamt (UBA) auch in diesem Jahr unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de> stündlich aktualisierte Ozonwerte und bundesweite Ozonprognosen, auch an den Wochenenden. Unter gleicher Adresse stellt das UBA seine aktualisierte Zusammenstellung „Hintergrundinformation: Sommersmog“ zur Verfügung. Auf 24 Seiten werden Grundlagen rund um das Thema Ozon vermittelt, Ergebnisse präsentiert, Trends analysiert und allgemein interessierende, oft gestellte Fragen beantwortet. Die bundesweiten Ozonprognosen des UBA informieren die Bevölkerung über die großräumige Ozonbelastung. Auch die Bundesländer geben Ozon-Messwerte bekannt und erstellen zum Teil eigene Ozonprognosen für ihr Gebiet. Die Ozon-Messwerte aller verfügbaren 354 Messstellen gibt es täglich ab 13.15 Uhr im Netz. Sie werden stündlich aktualisiert. Täglich können ab 10 Uhr bundesweite Ozonprognosen für den laufenden und die beiden folgenden Tage abgerufen werden. Die Prognosen sind auf einer Deutschlandkarte farblich dargestellt. Zudem wird die konkrete Wettersituation erläutert.

Hinweis für die Redaktionen: Die Karten sind im gif-Format als Datei für den Gebrauch in Medien abrufbar und nutzbar.

Die aktualisierte Ausgabe der „Hintergrundinformation: Sommersmog“ informiert darüber

- wie bodennahes Ozon entsteht, -
- woher die Emissionen der Vorläuferstoffe stammen,
- ob es einen langfristigen Trend gibt,
- wie es auf Gesundheit und Umwelt wirkt und
- welche Programme gegen bodennahes Ozon wirken sollen.

Zudem werden solche Fragen beantwortet, wie: Gibt es Unterschiede zwischen Ozon und Wintersmog?

- Wie können bei höheren Ozonwerten gesundheitliche Beeinträchtigungen vermieden werden?
- Welche Strategien können helfen, die sommerlichen Ozon-Konzentrationen zu mindern?

Die „Hintergrundinformation: Sommersmog“ kann auch bei der Pressestelle des Umweltbundesamtes, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Fax: 030/8903-2798, oder e-Mail: jana.schmidt@uba.de angefordert werden.

May 09, 2003

Umweltgefährlicher Textilfarbstoff endlich verboten - Grundlegende Reformen im Europäischen Chemikalienrecht erforderlich

Der Textilfarbstoff „Navy Blue 018112“ darf innerhalb der Europäischen Union (EU) nicht mehr zum Färben von Textil- oder Ledererzeugnissen verwendet oder verkauft werden. Das endgültige Verbot ist im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht worden. Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinie bis Juni 2004 in nationales Recht umzusetzen. Fast genau vor zehn Jahren hatte das Umweltbundesamt (UBA) nach der Prüfung des Stoffes im Rahmen des Chemikaliengesetzes ein solches Verbot gefordert. Bereits 1990 wurden den zuständigen Behörden Prüfunterlagen eingereicht, die eindeutig belegten, dass der Stoff hoch giftig für Fische ist. Die Konzentration, die durch die Abwässer aus den Färbeprozessen in Flüssen erreicht werden können, sind so hoch, dass eine Schädigung von Wasserorganismen zu befürchten ist. Darüber hinaus kann der Stoff auch Allergien auslösen. Somit besteht ein besonderes gesundheitliches Problem auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit diesem blauen Farbstoff umgehen.

Während der vergangenen zehn Jahre gab es immer wieder Einsprüche von Herstellern, Anwendern und ihren Interessenvertretern. Der Farbstoff selbst konnte dadurch nicht entlastet werden. Doch es gelang, ein schnelles und konsequentes Eingreifen staatlicher Stellen zu verhindern.

Professor Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA, bemerkt hierzu: „Wir sind daran gewöhnt, dass nur mit Geduld etwas für die Umwelt zu erreichen ist. Liegen aber zehn Jahre zwischen der Feststellung der Umweltgefährlichkeit und einer angemessenen Reaktion der Behörden, so ist dies eindeutig zu lang. Das zeigt, wie nötig eine grundlegende Reform des europäischen Chemikalienrechts ist. Die Menschen in Europa dürfen nicht das Vertrauen in die europäischen Behörden verlieren, deren Aufgaben ja auch darin bestehen, die Gesundheit der Menschen und die Umwelt schnell und wirksam zu schützen.“

Andreas Troge hierzu: „Ich begrüße, dass die EU-Kommission die von ihr angekauften und von den Umweltministern angemahnten Vorschläge zur Modernisierung des Chemikalienrechts jetzt zumindest als Entwurf vorgelegt hat. Maßgeblich für die Beurteilung dieser Vorschläge wird auch sein, ob hierdurch die langen staatlichen Reaktionszeiten entscheidend verkürzt werden können.“

Trotz des endlich umgesetzten Verbotes des Farbstoffes „Navy Blue 018112“ bleibt der Handlungsdruck groß. Mehr als ein Dutzend weiterer angemeldeter gefaehrlicher Stoffe warten in Bruessel auf eine endgueltige Entscheidung ueber ihr Verbot.

=====

Ende des newsletter/d/47

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt